

**Der Familienverband
im Bistum Münster
Schillerstr. 44a
48155 Münster**

T: 02 51/6 09 76-40
F: 02 51/6 09 76-51
e-mail: familie@jg-muenster.de
www.jg-muenster.de

22.09.2023

Offener Brief zur Situation von Familien in Zeiten unsicherer Kinderbetreuung

Mit der Einführung des Elterngelds im Jahr 2007, dem Rechtsanspruch auf einen Kitaplatz seit 2013 ab dem vollendeten ersten Lebensjahr und dem Rechtsanspruch auf einen Platz in einer schulischen Ganztagsbetreuung ab 2026 hat die Politik in Deutschland jungen Familien und insbesondere jungen Müttern ein Versprechen gegeben: Sie sollten „trotz“ Familiengründung die Chance auf ein selbstbestimmtes Leben haben, verbunden mit der Sicherheit, dass die Eltern weiterhin die Möglichkeit haben, das nötige Familieneinkommen zu erwirtschaften, während die geborenen Kinder in den Betreuungseinrichtungen des Landes verlässlich und vor allem gut aufgehoben sind.

Dieses Versprechen gründete auch auf gesellschaftspolitischen Notwendigkeiten: Zur dauerhaften Finanzierung unserer sozialen Sicherungssysteme müssen Kinder geboren werden, die später zu Beitragszahler:innen insbesondere in der Rentenversicherung werden. Die geschaffenen Rechtsansprüche sichern somit nicht ausschließlich das „finanzielle Überleben“ der Familien, sondern in erheblichem Maße den Fortbestand unserer Sozialversicherungssysteme, die Grundpfeiler der deutschen sozialen Marktwirtschaft sind.

Für immer mehr Eltern in Deutschland stellt sich heraus: Diese Versprechen kann unser Land nicht länger einhalten. Ein dramatischer Fachkräftemangel trifft auf eine hohe Erwerbsquote beider Elternteile. Das Betreuungsversprechen, insbesondere das der guten Betreuungsqualität kann nicht mehr eingelöst werden. Die ausfallenden Betreuungszeiten können aber von den vielfach berufstätigen Eltern nicht mehr aufgefangen werden.

Aufgrund der angespannten Personalsituation in den Kitas und anderen Betreuungseinrichtungen ist die Stimmung vielerorts auf einem Tiefpunkt. Erzieher:innen sind ausgezehrt, Berufe im Betreuungsbereich werden weiter an Attraktivität verlieren – ein Teufelskreis.

Eltern wollen und können die Berufstätigkeit nicht einfach aufgeben. Junge Frauen sind in der Regel sehr gut ausgebildet und möchten erwerbstätig sein. Zur Erwirtschaftung eines auskömmlichen Familieneinkommens sind heutzutage häufig zwei Gehälter nötig. Außerdem würde die Reduzierung von elterlicher Erwerbsarbeit den generellen Fachkräftemangel in unserem Land weiter verschärfen – ein Teufelskreis.

...

Wir machen Familien stark!

Bei allen Bemühungen und bei all der zu beobachtenden Kooperation zwischen Eltern und Betreuungseinrichtungen: Diese Last kann und darf in diesem Land nicht allein auf den Schultern der Familien und der Erzieher:innen liegen. Wir benötigen dringend Rahmenbedingungen und politische Entscheidungen, die dafür sorgen, dass die Last breiter verteilt wird.

Insbesondere der gesellschaftliche Bereich, der bisher am stärksten von der Erwerbstätigkeit von beiden Eltern profitiert hat, muss stärker in die Pflicht genommen werden: die Wirtschaft und die Arbeitgeber.

Eltern und Betreuungssystem benötigen die Gewissheit, dass die Politik Entscheidungen treffen wird, die alle Gesellschaftsbereiche bei der Lösung der Betreuungsproblematik in die Pflicht nehmen wird.

Dies könnten zum Beispiel klare gesetzliche Vorgaben zur bezahlten Freistellung von Eltern sein, die von Betreuungsausfällen betroffen sind. Es kann aber auch eine massive Ausweitung des Elterngeldanspruchs sein. Dann kann es für Eltern leichter werden, sich dafür zu entscheiden, zur Entlastung des Betreuungssystems die eigene Berufstätigkeit und damit die eigene Einkommenserwirtschaftung massiv zurückzufahren, um die Kinderbetreuung wieder in größerem Umfang selbst übernehmen zu können.

Darüber hinaus muss alles getan werden, um die Qualität in den Kitas und Offenen Ganztagschulen weiter auszubauen und diese auch zu gewährleisten. Kitas und OGS sind wichtige Bildungseinrichtungen, die die Kinder und die Familiensysteme dringend benötigen.

Und nicht zuletzt kann und sollte es auch zur Eröffnung eines öffentlichen kritischen Diskurses über die Frage kommen, ob die sehr frühe und zeitlich sehr umfangreiche Unterbringung von Kindern in Betreuungseinrichtungen tatsächlich ein guter Weg ist. Damit ist deutlich *nicht* die Frage gemeint, ob wir als Gesellschaft das Rollenmodell aus den 50er/60er Jahren „wiederbeleben“ möchten – die Antwort ist nein. Aber wir sollten uns die Frage stellen, ob es nicht viele Wege zwischen einem sehr traditionellen Familienbild einerseits und doppelt Vollzeit berufstätigen Eltern andererseits gibt; und ob die vielen Zwischenwege nicht klarer aufgezeigt und staatlich gefördert werden müssen.

Und ja – in Deutschland herrscht das Subsidiaritätsprinzip, das im Grunde besagt, dass jede:r zunächst sich selbst helfen oder Hilfe im direkten sozialen Umfeld suchen muss und staatliche Unterstützung demgegenüber immer nachrangig ist. Aber in Hinblick auf das Betreuungsproblem sind die Ressourcen der Familien zur Selbsthilfe erschöpft, alle Netzwerke sind bereits zum Zerreißen gespannt.

Familien erbringen unverzichtbare Leistungen in und für die Gesellschaft, sie verdienen daher jegliche Unterstützung und gesellschaftliche Anerkennung! Ohne die Hilfe des Staates und der leistungsfähigen Wirtschaft ist dieses Problem nicht mehr zu bewältigen. Im Grundgesetz, Artikel 6 Absatz 1 heißt es: „**Ehe und Familie stehen unter dem besonderen Schutze der staatlichen Ordnung**“. Eine Politik, die die Familien mit der Betreuungsproblematik im Regen stehen lässt, versagt den Menschen den Schutz, der ihnen zusteht.

*Junge Gemeinschaft
- Diözesanleitung -*

Wir machen Familien stark!

Bankverbindung:
Darlehnskasse Münster
IBAN: DE18 4006 0265 0002 0001 04
BIC: GENODEM1DKM